

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Parlament und EU-Rat haben den Haushalt für 2026 verabschiedet.....	1
EU-Rat einigt sich nach drei Jahren über die Verordnung gegen sexuellen Kindesmissbrauch	1
EU-Parlament für sicherere Online-Plattformen für Minderjährige und Mindestalter von 16 Jahren	1
EU-Kindergarantie: Treffen der Arbeitsgruppe im EU-Parlament und der nationalen Koordinator:innen	2
EU-Kommission verklagt Griechenland wegen nicht EU-konformer Regeln zu Familienleistungen.....	2
Gleichstellung/Antidiskriminierung: EU-Parlament fordert Strategie; Richtlinie stockt im EU-Rat.....	2
EuGH: Polen muss gleichgeschlechtliche Ehen aus anderen EU-Staaten anerkennen	3
EU-Kommission startet Konsultation zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	3
<i>Kurznachrichten: MFR, digitaler Omnibus, Demokratieschild, Zivilgesellschaft, Asyl, Wohnraum</i>	<i>3</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	4
Ukraine: 16 Kommunen führen Beteiligung von Kindern am Schulhaushalt ein	4
Schweiz: altersgerechter Zugang und Regeln für Social Media statt Verbote	4
Norwegen begegnet sexuellem Kindesmissbrauch mit warnenden Anzeigen auf Pornhub.....	4
Schweden will Einsatz von Missbrauchsmaterial in die Polizeibefugnisse aufnehmen	4
Tschechien unter Beobachtung durch den Europarat wegen Institutionalisierung autistischer Kinder	5
Slowenien: Referendum lehnt umstrittenes Gesetz zur Sterbehilfe ab.....	5
Schweiz: Initiativen zu Demenz, geschlechtsbezogener Gewalt, Elternberatung bei Trennung, Armut.....	5
Weitere Nachrichten	5
COFACE: Prävention von Familienarmut – eine Säule der sozialen und wirtschaftlichen Resilienz.....	5
COFACE: Harmonisierung der Gesetze zur Privatinsolvenz – Unterstützung überschuldeter Familien	6
Eurochild: ungleiche Kindheiten – Rechte auf dem Papier sollten auch Rechte in der Praxis sein	6
Berichte und Studien	6
Social Protection Committee: Jahresbericht 2025 mit Daten zu Armut und Kinderarmut	6
UNICEF: Kinderarmut – Kosten, die sich Europa nicht leisten kann	6
OECD: Monitor für Wohlfahrtsdaten	7
EU-Kommission: die Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ihre Verbindung zur Armutsbekämpfung.....	7
Universitätskliniken: Handlungsempfehlungen für die Begleitung Angehöriger in Pandemien.....	7
Plan International: Lasst mich ein Kind sein, keine Ehefrau.....	7
Save the Children: Stoppt den Krieg gegen Kinder	8
UNICEF: Die Lage der Kinder weltweit 2025	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Parlament und EU-Rat haben den Haushalt für 2026 verabschiedet

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben sich über den Haushalt der EU für 2026 geeinigt. Das Budget beläuft sich auf 192,8 Milliarden Euro. Das Parlament setzte zum einen durch, dass Kürzungen, die der Ministerrat an dem Haushaltsentwurf der Kommission vorgenommen hatte (s. [AGF-EuropaNews 7/25](#)), im Umfang von 1,3 Milliarden Euro rückgängig gemacht wurden (0,67 % des Haushalts). Zum anderen wurden Erhöhungen um 372,7 Millionen Euro durchgesetzt (0,19 %; s. [AGF-EuropaNews 10/25](#)). Diese Ergänzungen betreffen Landwirtschaft, humanitäre Hilfe, die Nachbarregionen der EU, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Grenzschutz, militärische Mobilität, Gesundheit und Erasmus+.

- [EU-Parlament: MEPs adopt 2026 EU budget – focus on competitiveness, research and security](#) 

EU-Rat einigt sich nach drei Jahren über die Verordnung gegen sexuellen Kindesmissbrauch

Der Rat der Europäischen Union hat sich auf einen Standpunkt zu einer Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern geeinigt (CSA-R, siehe zuletzt [AGF-EuropaNews 10/25](#)). Vorgesehen sind Verpflichtungen für Online-Diensteanbieter, die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch und die Anwerbung von Kindern zu verhindern. Die zuständigen nationalen Behörden sollen befugt sein, Unternehmen zu verpflichten, Inhalte zu entfernen und den Zugang zu ihnen zu sperren oder – im Falle von Suchmaschinen – Suchergebnisse aus der Liste zu streichen. Mit der Verordnung wird auch eine neue EU-Agentur, das EU-Zentrum gegen sexuellen Kindesmissbrauch, eingerichtet, um die Mitgliedstaaten und Online-Anbieter bei der Umsetzung des Gesetzes zu unterstützen.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Diensteanbieter das Risiko bewerten, dass ihre Dienste für die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder für die Anwerbung von Kindern ausgenutzt werden könnten. Auf der Grundlage dieser Bewertung müssen sie Maßnahmen zur Risikominderung ergreifen. Zu diesen Maßnahmen könnte die Bereitstellung von Tools gehören, die es Nutzer:innen ermöglichen, Online-Kindesmissbrauch zu melden und zu kontrollieren, welche Inhalte über sie mit anderen geteilt werden, sowie Standard-Datenschutzeinstellungen für Kinder einzurichten. Die Mitgliedstaaten benennen nationale Behörden, die für die Beurteilung dieser Risikobewertungen und Abhilfemaßnahmen zuständig sind, mit der Möglichkeit, Anbieter zur Durchführung von Abhilfemaßnahmen zu verpflichten.

Die Unternehmen müssen zudem Opfern Unterstützung bieten, die Material über sexuellen Kindesmissbrauch, in dem sie dargestellt sind, entfernt sehen möchten. Der Ministerrat will außerdem eine derzeit in der ePrivacy-Richtlinie befristete Regelung dauerhaft in die CSA-Verordnung übernehmen, die es Unternehmen erlaubt, ihre Dienste – freiwillig – auf sexuellen Kindesmissbrauch zu überprüfen. Der Rat wird Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufnehmen, um eine Einigung über die endgültige Verordnung zu erzielen.

- [Rat legt Standpunkt zum Gesetz über den Schutz von Kindern vor Missbrauch im Internet fest](#)

EU-Parlament für sicherere Online-Plattformen für Minderjährige und Mindestalter von 16 Jahren

Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für Vorschläge zur Unterbindung schädlicher Praktiken wie süchtig machendes Design und spielähnliche Funktionen von Online-Plattformen ausgesprochen. Außerdem hat es zur Festlegung einer Altersgrenze von 16 Jahren für den Zugang zu sozialen Medien, Video-Sharing-

Plattformen und KI-Begleitern aufgerufen, wobei Jugendliche ab 13 Jahren mit Zustimmung ihrer Eltern Zugang erhalten sollen. Die dafür erforderliche Altersüberprüfung müsse akkurat sein und die Privatsphäre von Minderjährigen respektieren. Sie dürfe die Anbieter nicht davon entlasten, ihre Produkte sicher und altersgerecht zu gestalten.

➤ [EU-Parlament fordert: Zugang zu sozialen Medien ab 16 Jahren](#)

EU-Kindergarantie: Treffen der Arbeitsgruppe im EU-Parlament und der nationalen Koordinator:innen

Die Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments zur Europäischen Garantie für Kinder trat zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode zusammen. Auf der Sitzung wurden Erfolge wie der Ausbau der frühkindlichen Bildung, Betreuung und kostenlosen Schulverpflegung sowie die Einbeziehung von Kandidatenländern erörtert, wobei auch die anhaltenden Herausforderungen in Bezug auf Finanzierung, Datenerhebung und Koordinierung angesprochen wurden. In den Diskussionen wurde die Notwendigkeit gezielterer und wirkungsvollerer Maßnahmen betont und eine stärkere Investition in Bildung, Wohnen und soziale Dienste gefordert.

Das 22. Treffen der Koordinator:innen für die EU-Kindergarantie brachte unter dem dänischen EU-Ratsvorsitz Vertreter:innen der EU-Mitgliedstaaten sowie der Kandidaten- und potentiellen Kandidatenländer zusammen, um sich über bewährte Vorgehensweisen zur Bekämpfung von Kinderarmut, zur Verbesserung der alternativen Betreuung und zur Gewährleistung des Zugangs zu qualitativ hochwertigem Wohnraum auszutauschen. Neun EU-Beitrittskandidaten und potentielle Beitrittskandidaten – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und die Ukraine – sind daran interessiert, die Empfehlung zur Garantie für Kinder bereits vor dem Beitritt zur Europäischen Union umzusetzen. Zu diesem Zweck haben sie Kontaktstellen benannt und werden mit der Ausarbeitung von Aktionsplänen für bedürftige Kinder beginnen.

EU-Kommission verklagt Griechenland wegen nicht EU-konformer Regeln zu Familienleistungen

Nach griechischem Recht können nur EU-Bürger:innen, die mit ihren Kindern seit mindestens fünf Jahren in Griechenland gelebt haben, einen Anspruch auf Familienleistungen geltend machen. Drittstaatsangehörige müssen sich mindestens zwölf Jahre lang in Griechenland aufgehalten haben, um anspruchsberechtigt zu sein – und zwar auch dann, wenn sie unter die EU-Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit fallen (z. B. weil sie aus einem anderen EU-Land nach Griechenland gezogen sind). Nach Ansicht der Kommission sind diese Anforderungen diskriminierend und verstoßen gegen EU-Recht. Gemäß den EU-Vorschriften über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit seien jegliche Wohnortanforderungen für den Bezug von Leistungen der sozialen Sicherheit, einschließlich Familienleistungen, ausdrücklich verboten.

Gleichstellung/Antidiskriminierung: EU-Parlament fordert Strategie; Richtlinie stockt im EU-Rat

Das Europäische Parlament hat einen Initiativbericht angenommen, der die Europäische Kommission auffordert, eine ehrgeizige Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 mit konkreten legislativen und weiteren Maßnahmen vorzulegen. Besonders wichtig ist dem Parlament, geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als besonders schwere Straftat mit grenzüberschreitender Dimension anzuerkennen und den Femizid als eigenständigen Straftatbestand einzuführen. Auch wird die Kommission unter anderem dazu aufgefordert, eine auf Einverständnis basierende Definition von Vergewaltigung im EU-Recht zu verankern und die Ratifizierung des Istanbul-Übereinkommens zu fördern.

Zur allgemeinen Gleichbehandlungs- bzw. Antidiskriminierungsrichtlinie erklärte der dänische Ratsvorsitz, dass er nicht in der Lage sei, einen neuen Kompromissvorschlag vorzulegen. Der bisherige Entwurf der Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, nationale Gesetze gegen Diskriminierung und für gleichen Zugang zu Bildung, sozialen Rechten sowie zu Gütern und Dienstleistungen zu schaffen. Drei Länder hielten laut dem Ratsvorsitz an grundsätzlichen Vorbehalten fest. Die Kommission hatte den Entwurf nach 17 Jahren Stillstand erst im Juli wiederbelebt (s. [AGF-EuropaNews 7/25](#)).

- [EU-Parlament: Entschließung zu der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2025](#)

EuGH: Polen muss gleichgeschlechtliche Ehen aus anderen EU-Staaten anerkennen

Eine Verweigerung der Anerkennung würde die Freiheit und das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens homosexueller Paare verletzen, so der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Polen muss daher gleichgeschlechtliche Ehen, die in anderen EU-Staaten rechtmäßig geschlossen wurden, trotz seines innerstaatlichen Verbots anerkennen, entschied das höchste Gericht der EU und schuf damit einen Präzedenzfall für die gesamte Union. Der Fall begann, als zwei polnische Staatsangehörige, die 2018 in Deutschland geheiratet hatten, die Behörden aufforderten, ihre Verbindung in das polnische Personenstandsregister einzutragen. Die Behörden lehnten dies mit der Begründung ab, dass das polnische Recht keinen rechtlichen Status für gleichgeschlechtliche Paare vorsehe. Nachdem das Paar gegen die Ablehnung geklagt hatte, verwies ein polnisches Gericht den Fall an den EuGH. In seinem Urteil stellte der EuGH fest, dass gleichgeschlechtliche Paare die Gewissheit haben müssen, dass sie auch nach ihrer Rückkehr in ihren Herkunftsmitgliedstaat ihr Familienleben führen können. Nur heterosexuellen Paaren die Eintragung zu gewähren, stelle eine Diskriminierung dar. Dennoch zwingt die Anerkennung einer ausländischen gleichgeschlechtlichen Ehe zum Zwecke der Freizügigkeit Warschau nicht dazu, die gleichgeschlechtliche Ehe in das polnische Recht aufzunehmen.

- [Zum Urteil und den weiteren Dokumenten des Prozesses](#)

EU-Kommission startet Konsultation zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Stärkung der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 gestartet. Das Ziel besteht darin, Rückmeldungen aus der gesamten Zivilgesellschaft einzuholen und die Strategie an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen.

- [EU-Kommission: Konsultation zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#)

Kurznachrichten: MFR, digitaler Omnibus, Demokratieschild, Zivilgesellschaft, Asyl, Wohnraum

- Die EU-Kommission hat Änderungen ihres vom EU-Parlament abgelehnten Entwurfs für nationale und regionale Partnerschaftspläne im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034 vorgeschlagen.
- EU-Kommission schlägt einen „[digitalen Omnibus](#)“ vor, der Vorschläge für eine Reihe von Änderungen am EU-Datenschutzrecht und der KI-Verordnung vorsieht. U. a. sollen bestehende Datenschutzrechtsakte in einem Data Act zusammengeführt werden. Die Vorschläge werden nun im Parlament und im Rat verhandelt.
- Die EU-Kommission hat einen Demokratieschild und eine Strategie für die Zivilgesellschaft beschlossen.
- Die EU-Kommission hat ihren [Bericht zur Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets 2025](#) vorgelegt, der die Grundlage für den Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Flüchtlingen in der EU regeln soll.

- Das Housing Advisory Board, das im Juni 2025 von der EU-Kommission eingesetzt wurde, hat seine ersten Empfehlungen für den geplanten EU-Plan für bezahlbaren Wohnraum veröffentlicht.
- Die EU-Mitgliedstaaten haben die Schlussfolgerungen zum künftigen EU-Plan für bezahlbaren Wohnraum gebilligt (s. [AGF-EuropaNews 10/25](#)). Sie sollen vom Ministerrat am 1. Dezember beschlossen werden.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Ukraine: 16 Kommunen führen Beteiligung von Kindern am Schulhaushalt ein

Kinder werden an der Budgetplanung ihrer Schule beteiligt. Dieser Ansatz wird derzeit in 16 ukrainischen Kommunen eingeführt, trotz des fortgesetzten Angriffskrieges Russlands und dank der Unterstützung durch den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates. Mit diesem Tool entwickeln die Schüler:innen ihre eigenen Projektideen, präsentieren sie, wählen in einer offenen Abstimmung die besten Projekte aus und setzen diese mit Mitteln aus dem Gemeinschaftsbudget um.

Schweiz: altersgerechter Zugang und Regeln für Social Media statt Verbote

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) bringt sich mit einem Positionspapier zur aktuellen Debatte um Social-Media-Verbote ein. Sie plädiert für partizipativ erarbeitete Regeln statt pauschaler Verbote, sowie für die Förderung von Medienkompetenz und eine gesetzliche Regulierung der großen Online-Plattformen. Die neue repräsentative Studie «EU Kids Online Schweiz» der Pädagogischen Hochschule Schwyz mit 1.390 Kindern und Jugendlichen hat aufgezeigt, welche Risiken besonders häufig sind, wo sie sich Unterstützung wünschen und welche Rolle Eltern und Schule spielen. So sieht fast jedes dritte Kind Hassrede im Netz – viele wünschen sich mehr Unterstützung bei Fake News und Cybermobbing. Kinder und Jugendliche in der Schweiz nutzen das Internet täglich – und trafen dabei auf Hassreden, Gewalt oder gefährliche Inhalte.

Norwegen begegnet sexuellem Kindesmissbrauch mit warnenden Anzeigen auf Pornhub

Norwegen hat eine ungewöhnliche Präventionskampagne auf Pornhub gestartet, die sich an Nutzer:innen richtet, die möglicherweise sexuelle Fantasien über Kinder entwickeln. Die Gesundheitsdirektion zahlte 75.000 NOK (6.400 Euro) für die einmonatige Aktion, die Suchbegriffe wie „teens“ oder „barely legal“ adressiert und an ähnliche Initiativen in Großbritannien, Kanada und Tschechien anknüpft. Verantwortliche betonen, klassische Präventionskampagnen erreichten die Zielgruppe oft nicht – und bereits ein einziger verhinderter Missbrauchsfall rechtfertige die Kosten.

Schweden will Einsatz von Missbrauchsmaterial in die Polizeibefugnisse aufnehmen

Schweden will die Befugnisse der Polizei zur Aufdeckung schwerer Straftaten ausweiten. Dies beinhaltet den Einsatz von künstlich generiertem Missbrauchsmaterial und Online-Identitätsfälschungen. Der Vorschlag soll verdeckte Methoden, die bereits angewandt werden, gesetzlich absichern und erlauben, dass Beamte etwa als Minderjährige oder Käufer auftreten, um Netzwerke zu infiltrieren. Die Regierung betont, die Digitalisierung erfordere neue Instrumente, Kritiker:innen warnen vor ethischen und rechtlichen Risiken.

Tschechien unter Beobachtung durch den Europarat wegen Institutionalisierung autistischer Kinder

Tschechien steht nach einer Beschwerde von Autism-Europe beim Europarat unter verschärfter Beobachtung. Die NGO wirft der Regierung vor, Menschen mit Autismus und anderen Behinderungen im Stich zu lassen, weiter auf große Heime statt auf echte gemeindenaher Unterstützung zu setzen und Familien damit finanziell und sozial zu überlasten. Auch das Büro des tschechischen Ombudsmanns stützt die Vorwürfe und verweist auf strukturelle Versäumnisse und mangelnde Reformbereitschaft.

Slowenien: Referendum lehnt umstrittenes Gesetz zur Sterbehilfe ab

Slowenien stoppt sein erst im Juli vom Parlament verabschiedetes Gesetz, mit dem assistierte Sterbehilfe legalisiert worden war, nachdem in einem Referendum 53 % der Wähler:innen das Gesetz abgelehnt haben. Das Ergebnis gilt als Überraschung, da Vorab-Umfragen einen deutlichen Vorsprung für die Legalisierung von assistierter Sterbehilfe vorhergesagt hatten. Zudem widerspricht das nun erfolgreiche Referendum auch dem Ergebnis der Volksabstimmung von 2024, in der das Gesetz zur assistierten Sterbehilfe noch Zustimmung erhalten hatte. Nach dem Votum das Parlament sich nun für ein Jahr nicht mit dem Thema erneut befassen.

Schweiz: Initiativen zu Demenz, geschlechtsbezogener Gewalt, Elternberatung bei Trennung, Armut

- Die Bundesregierung heißt einen Bericht gut, demzufolge Menschen mit Demenz besser unterstützt werden sollen.
- Die erste nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt wurde lanciert, in einer breiten Allianz von Bund, Kantonen, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft.
- Mehrere Kantone haben eine verpflichtende Elternberatung bei Trennung oder Scheidung eingeführt, bei der die Folgen für Kinder und die Konsensfindung zwischen den Eltern im Fokus stehen.
- Rund 8 Prozent der Menschen in der Schweiz kommen mit ihrem Einkommen nicht auf das Existenzminimum. Somit konnte das Ziel, die Armut im Land zu reduzieren, bisher nicht erreicht werden. Dies hält der erste Bericht des nationalen Armutsmonitorings fest, den der Bundesrat gutgeheißen hat. Der Bericht enthält eine umfassende Analyse der Armutssituation und Armutspolitik in der Schweiz und bildet die Grundlage für die Erarbeitung einer Nationalen Armutsstrategie bis 2027.

Weitere Nachrichten

COFACE: Prävention von Familienarmut – eine Säule der sozialen und wirtschaftlichen Resilienz

Dieses Positionspapier von COFACE skizziert einen umfassenden, familienzentrierten Rahmen zur Verhinderung von Armut und zur Minderung sozialer Ausgrenzung, der sich an einem dreistufigen Ansatz orientiert: primäre (universelle), sekundäre (gezielte) und tertiäre (Krisen)prävention. Außerdem basiert er auf vier wesentlichen Säulen: angemessene Ressourcen, zugängliche Dienstleistungen, Zeitsouveränität und integrierte Governance. Um Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen, müssten politische Maßnahmen eine familienzentrierte Perspektive einnehmen und Haushalte als voneinander abhängige Systeme betrachten, in denen sich Schwachstellen über Generationen hinweg überschneiden und verstärken.

- COFACE: Preventing Family Poverty – A pillar of social and economic resilience  

COFACE: Harmonisierung der Gesetze zur Privatinsolvenz – Unterstützung überschuldeter Familien

COFACE Families Europe lenkt die Aufmerksamkeit auf die tiefgreifenden Auswirkungen, die Gesetze zur Privatinsolvenz auf Familien haben. Das gilt insbesondere für Familien in prekären Situationen, darunter Familien mit Angehörigen mit Behinderungen oder mit geringem Einkommen. Während die Unternehmensinsolvenz auf EU-Ebene teilweise harmonisiert worden sei, sei die Privatinsolvenz in den Mitgliedstaaten nach wie vor fragmentiert. Diese Fragmentierung führe zu uneinheitlichen Ergebnissen, verschärfe die finanziellen Probleme überschuldeter Familien und untergrabe den sozialen Zusammenhalt. Das Positionspapier schlägt fünf Grundprinzipien für einen wirksamen europäischen Rahmen für die Privatinsolvenz vor, darunter die Wahrung der Menschenwürde und des Wohlergehens der Familie sowie familienfreundliche Insolvenzverfahren.

- [COFACE: Harmonising personal insolvency laws – Supporting over-indebted families across the EU](#) 

Eurochild: ungleiche Kindheiten – Rechte auf dem Papier sollten auch Rechte in der Praxis sein

Dieser Bericht basiert auf Bewertungen von 84 Eurochild-Mitgliedsorganisationen und Mitwirkenden in 36 Ländern und bietet einen Überblick über die Rechte von Kindern und Kinderarmut in diesen Staaten. Auf der Grundlage von Erkenntnissen von Organisationen und Fachleuten, die mit Kindern arbeiten, liefert der Bericht eine eingehende Analyse aus der Perspektive der Kinderrechte, um sicherzustellen, dass Rechte auf dem Papier auch Rechte in der Praxis werden. Der Bericht enthält konkrete Empfehlungen für Länder, um ihre Bemühungen zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte zu verstärken. Zu den in ganz Europa analysierten Aspekten gehören: Kinder im Kontakt mit dem Justizsystem, öffentliche Investitionen und soziale Sicherheitsnetze, Gewalt gegen Kinder, psychische Gesundheit, Kinder mit Migrationshintergrund und ethnischer Minderheitenherkunft.

- [Eurochild: Unequal Childhoods – Rights on paper should be rights in practice](#) 

Berichte und Studien

Social Protection Committee: Jahresbericht 2025 mit Daten zu Armut und Kinderarmut

Der Ausschuss für Sozialschutz berät den Ministerrat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO). Die diesjährige Ausgabe des Berichts enthält einen Abschnitt, in dem eine Bilanz der Umsetzung der Empfehlung des Rates von 2019 zum Zugang von Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen zum Sozialschutz gezogen wird. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen (AROE) in der EU sank 2024 gegenüber dem Vorjahr, ist bei Kindern jedoch im Vergleich zum Referenzjahr 2019 gestiegen (s. auch [AGF-EuropaNews 3/25](#)). Der Bericht enthält ergänzende Länderprofile.

- [EU-Kommission: 2025 Social Protection Committee annual report published](#) 

UNICEF: Kinderarmut – Kosten, die sich Europa nicht leisten kann

Der Bericht betont, dass Kinderarmut kein unvermeidlicher Teil der sozialen Landschaft Europas ist. Auf der Grundlage von Daten aus 16 europäischen Staaten präsentiert er eine rechtsbasierte, evidenzgestützte Analyse des Ausmaßes und der Kosten der Kinderarmut – sowohl in menschlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht – und skizziert bewährte politische Lösungen zu ihrer Bekämpfung. Da fast jedes vierte Kind in Europa nach wie vor von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist, betont der Bericht, dass die Herausforderung nicht in einem Mangel an Ressourcen, sondern in einer mangelnden Priorisierung liege. Er argumentiert, dass Untätigkeit eine Form der

Vernachlässigung darstelle, die langfristige soziale und wirtschaftliche Verluste in Höhe von schätzungsweise 3,4 % des BIP in den OECD-Staaten zur Folge habe. Um den generationsübergreifenden Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen, müsse die EU ihre Sozialagenda stärken, in Kinder investieren und die Beseitigung der Kinderarmut sowohl als moralische Verpflichtung wie auch als kluge wirtschaftliche Entscheidung betrachten. Der Bericht enthält zusätzlich eigene Abschnitte für einzelne Staaten.

- [UNICEF: Child Poverty – the Cost Europe Cannot Afford](#) 

OECD: Monitor für Wohlfahrtsdaten

Mit dem OECD-Monitor für Wohlfahrtsdaten lassen sich Trends in den Lebensbedingungen der Menschen in den OECD- und Partnerländern verfolgen. Mit drei interaktiven Dashboards und mehr als 80 Wohlfahrtsindikatoren vereint er die neuesten international vergleichbaren Daten zu aktuellen Wohlfahrtsergebnissen, Unterschieden zwischen Bevölkerungsgruppen und wichtigen Ressourcen, die die zukünftige Wohlfahrt prägen. Der Monitor umfasst auch den OECD-Index für Lebensqualität, ein Tool, mit dem sich die Ergebnisse verschiedener Länder anhand der für Sie wichtigsten Dimensionen der Lebensqualität vergleichen lassen.

- [OECD: Well-being Data Monitor](#) 

EU-Kommission: die Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ihre Verbindung zur Armutsbekämpfung

Dieser Bericht wurde vom von der EU-Kommission beauftragtem European Social Policy Analysis Network (ESPAN) vorbereitet und bietet einen vergleichenden Überblick über die Situation hinsichtlich der Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ihrer Verbindungen zu umfassenderen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in der EU. Das Ziel besteht darin, die politischen Leitlinien für die Mitgliedstaaten in Bezug auf wirksame Strategien und Investitionslücken zu verbessern, um ihre Bemühungen zur Beseitigung der Obdachlosigkeit in ihren Hoheitsgebieten zu unterstützen. Der Bericht umfasst auch einige Staatenberichte.

- [EU-Kommission, DG EMPL: The fight against homelessness and its links with anti-poverty policies](#) 

Universitätskliniken: Handlungsempfehlungen für die Begleitung Angehöriger in Pandemien

Pflegende und trauernde Angehörige waren in der COVID-19-Pandemie besonders von den Lockdown-Maßnahmen betroffen. Das Forschungsprojekt „Kollateraleffekte der Pandemie“ hat durch eine internationale Literaturrecherche, Umfragen und Interviews untersucht, wie sich das auf die Menschen ausgewirkt hat. Entstanden sind mehr als 100 Handlungsempfehlungen, die sich an verschiedene Zielgruppen richten, unter anderem an Leitungen von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, an die Politik und an Akteure wie Kirchen oder Bestattungsunternehmen. Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin haben die Forschenden der Universitätskliniken Bonn, Hamburg-Eppendorf, Mainz und Würzburg die Handlungsempfehlungen als Broschüre veröffentlicht.

- [Handlungsempfehlungen für die Begleitung pflegender und trauernder Angehöriger in Pandemien](#) 

Plan International: Lasst mich ein Kind sein, keine Ehefrau

Plan International befasst sich in seinem Bericht zur Lage der Mädchen 2025 mit Kinderehen. Die Untersuchung wurde mit 251 Mädchen durchgeführt, die verheiratet sind oder waren oder in einer Partnerschaft leben, sowie anhand einer Online-Umfrage unter 244 jungen Aktivistinnen gegen Kinderehen in 15 Ländern. Trotz der

zunehmenden Aufmerksamkeit für dieses globale Problem hätten politische und rechtliche Reformen zur Einschränkung von Kinderehen für viele Mädchen nur begrenzte Auswirkungen gehabt. Der Bericht liefert eine eingehende Analyse der aktuellen Situation, hebt bewährte Verfahren zur Beendigung der Kinderheirat hervor, schlägt Verbesserungen des rechtlichen Rahmens vor und gibt konkrete Empfehlungen.

- [Plan International: Let me be a child, not a wife](#)  

Save the Children: Stoppt den Krieg gegen Kinder

Eine Rekordzahl von 520 Millionen Kindern hat 2024 in aktiven Konfliktgebieten gelebt – mehr als jedes fünfte Kind weltweit. In Konfliktgebieten werden so viele Kinder wie noch nie getötet, verstümmelt, sexuell missbraucht und entführt. Der Bericht zeigt einen Anstieg von 30 % bei den nachgewiesenen schweren Verstößen gegen Kinder in Konflikten im Jahr 2024. Er stellt dar, dass im vergangenen Jahr 41.763 solcher Verstöße gegen Kinder in Konflikten verzeichnet wurden. Dies entspräche einem Anstieg von 30 % gegenüber 2023 – dem bis dahin höchsten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen – und etwa 50 % gegenüber 2022. Mehr als die Hälfte der Verstöße ereignete sich dem Bericht zufolge an vier Orten: in den besetzten palästinensischen Gebieten, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria und Somalia. Seit Beginn der Berichterstattung 2005 wurden mehr als 400.000 schwere Verstöße gegen Kinder in Konflikten in 33 Ländern bestätigt, wobei fast 160.000 Kinder getötet oder verstümmelt und mehr als 100.000 Kinder von Streitkräften und bewaffneten Gruppen rekrutiert und eingesetzt wurden.

- [Save the Children: Stop the War on Children – Security for whom?](#) 

UNICEF: Die Lage der Kinder weltweit 2025

Die Kinder von heute sind mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert – zunehmende Konflikte, Klimakatastrophen und Finanzierungslücken –, die ihre Lebensgrundlagen, ihre Kindheit und ihre Zukunft zerstören, so der Bericht. Jeden Tag wachen 412 Millionen Kinder in extremer finanzieller Armut auf und müssten mit weniger als 3 Dollar pro Tag auskommen. Kinder lebten mehr als doppelt so häufig in extremer finanzieller Armut als Erwachsene. Da sich ihr Körper und ihr Geist noch in der Entwicklung befinden, seien Kinder auch anfälliger für die Auswirkungen von Armut, was möglicherweise lebenslange Folgen für ihr Wohlergehen haben könne. Armut müsse auch im Hinblick auf die Entbehrungen verstanden werden, denen Kinder in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind – in Bereichen wie Wohnen, Ernährung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Der Bericht empfiehlt fünf politische Säulen zur Beendigung der Kinderarmut.

- [UNICEF: The State of the World's Children 2025](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Dezember 2025	World AIDS Day – Overcoming disruption, transforming the AIDS response	UN, UNAIDS, WHO, Deutsche AIDS-Stiftung
2. Dezember 2025, online	Alterssicherung in Europa – faire und nachhaltige Rentenreformen für heterogenes Altern	Population Europe

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
3. Dezember 2025	International Day of Persons with Disabilities: Fostering disability inclusive societies for advancing social progress	UN
4. Dezember 2025, Brüssel	Beyond the stigma – How can Europe improve support for women and postpartum mental health?	Euractiv
10. Dezember 2025	Tag der Menschenrechte	UN
10. Dezember 2025	International Migrants Day	UN
17. März 2026, Athen	Families in the age of Artificial Intelligence: Rights, inclusion and empowerment	COFACE Families Europe and KMOP
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend